

PRESSEMITTEILUNG

Teure Tarifflicht: Bremen entgehen 327 Millionen Euro pro Jahr

02.10.2019

DGB-Berechnungen zeigen Kosten der Tarifflicht für die Allgemeinheit

Aufgrund von Tarifflicht und Lohndumping im Land Bremen entgehen den Sozialversicherungen jährlich 201 Millionen Euro und dem Fiskus 126 Millionen Euro an Einkommensteuer. Das sind insgesamt 327 Millionen Euro pro Jahr für das Land Bremen! Die mangelnde Tarifbindung wirkt sich darüber hinaus unmittelbar auf die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aus: Mit flächendeckender Tarifbindung hätten die Beschäftigten in Bremen rund 280 Millionen Euro mehr pro Jahr im Portemonnaie. Die Zahlen stammen aus einer Berechnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der die letzte Verdienststrukturerhebung (VSE) nach Beschäftigten mit und ohne Tarifbindung des Statistischen Bundesamts zugrunde liegt.

„Mit geringeren Einkommen haben nicht nur die Beschäftigten weniger Netto in der Tasche, sie bedeuten auch weniger Geld für die Sozialversicherungen und weniger Steuereinnahmen“, sagte **Annette Düring, DGB-Vorsitzende in Bremen**. „Was der Gemeinschaft durch die anhaltende Tarifflicht der Unternehmen entgeht, sind keine Peanuts. Das Geld wird gebraucht für den sozialen Ausgleich, für Investitionen in Infrastruktur und in Bildung. Eine hohe Tarifbindung stärkt außerdem die Binnennachfrage, stabilisiert die Wirtschaft vor Ort und sichert gute Arbeit“, so **Düring** weiter.

Trotzdem grassiere die Tarifflicht der Unternehmen ungebremst. Für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gilt in Deutschland ein Tarifvertrag. Im Jahr 2018 waren nur noch 56 Prozent der Beschäftigten im Westen und 45 Prozent im Osten tarifgebunden. Auch in Bremen nimmt die Tarifbindung weiter ab – von 67 Prozent in 2008 auf 55 Prozent in 2018. **Annette Düring**: „Die Unternehmen müssen sich angesichts dessen die unbequeme Frage nach ihrer sozialen Verantwortung gefallen lassen“.

Region Bremen-Elbe-Weser

PM 25

Dennis Zagermann
Gewerkschaftssekretär

dennis.zagermann@dgb.de

Telefon: 0421-33 57 620
Telefax: 0421-33 57 660
Mobil: 0170 7863 098

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

bremen.dgb.de

Der DGB fordert seit langem, dass öffentliche Aufträge und Fördergelder nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. „Der Staat darf nicht mit Steuergeldern Lohndumping unterstützen. Der Staat muss die Vergabe seiner öffentlichen Aufträge endlich an gute Bezahlung, an Bezahlung nach Tarif knüpfen“, betonte **Düring**. Aber auch in einer Reform der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen und besseren Regelungen zu Nachbindung und Nachwirkung von Tarifverträgen liege ein Hebel, um die Tarifbindung zu stärken. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bremen an einer Bundesratsinitiative arbeitet. Der Gesetzgeber muss seine Versprechen endlich einlösen und es erleichtern, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.“, sagte **Düring**.

Der DGB unterstützt die Initiative von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, der sich für mehr Tarifbindung ausspricht. Das stärkt das Land Bremen und die Sozialversicherungen. Eine höhere Tarifbindung ist außerdem der zentrale Baustein für Gute Arbeit in Bremen und Bremerhaven

Weiterführende Informationen:

- Forderungen zur Stärkung der Tarifbindung auf einen Blick: <https://www.dgb.de/-/Z9E>
- Weitere Informationen zum DGB-Zukunftsdialog: <https://www.dgb.de/zukunftsdialog>

Kontakt:

DGB Region Bremen-Elbe-Weser

Annette Düring

Fon: +49 (0)421-3357610

Mobil: +49 (0)170-6342206

annette.duering@dgb.de

Fragen zur Datenberechnung: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstandsverwaltung

Dr. Robby Riedel

Fon: +49 (0)30-2 40 60-302

robby.riedel@dgb.de